

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Schaltungen nehmen die Postträger, und die Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Verantwortlich: Dr. Hermann Kersch. Druck: Druckerei des Auer Tageblattes. Postfach-Nr. 1000.

Telegramme: Erzgebirg Anzeigergebirg. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 289

Freitag, den 13. Dezember 1929

24. Jahrgang

Die „Tariff Act of 1929“ — Amerikas Zollpolitik

Von Hermann Wilhelm Kersch, Berlin

Es ist eine seitliche Fügung, daß gerade jetzt die Zollpolitik der Vereinigten Staaten in den Brennpunkt der Erörterung getreten ist. Mitten in dem Fluß der Diskussionen über die Verschärfung Europas an Amerika traf die Nachricht, daß dem amerikanischen Repräsentantenhaus die „Tariff Act of 1929“ zugeworfen ist, die eine Erhöhung der amerikanischen Zollsätze um 20 bis 30 Prozent bedeutet.

Diese vereinstaatliche Zollnovelle ist weltwirtschaftlich von größter Bedeutung, besonders bedeutungsvoll ist sie aber für Europa, weil ihre ganze Tendenz gerade auf eine Abwehr europäischer Industrieprodukte vom amerikanischen Markt abzielt.

Die „Tariff Act of 1929“ wird in Amerika selbst lebhaft umfämpft; ihre Zollsätze scheinen den einen zu hoch, während die anderen sogar noch eine Erhöhung fordern. In den gemäßigten Zollpolitikern zählen namentlich die Demokraten, während die industriell orientierten Republikaner eifrige Vertreter dieses hochgeschraubten Protektionismus sind. Das Repräsentantenhaus hat die Zollnovelle inzwischen mit 264 gegen 147 Stimmen angenommen, so daß nunmehr das Schicksal der „Tariff Act“ bei dem amerikanischen Senate liegt. Hier werden die einzelnen Positionen der Novelle sicher noch in langwierigen Kämpfen befüß umstritten werden, aber es besteht keine Hoffnung, daß der europafeindliche Wirtschaftsegoismus auch nur in leichten Spuren aus der Novelle getilgt wird. American markets for the American people, Amerika den Amerikanern, das ist auch in wirtschaftlichen Dingen die Parole!

Die „Tariff Act of 1929“ ist gewissermaßen der Schlüsselstein der jetzt fast hundertjährigen amerikanischen Zollpolitik. Immer verfolgte diese, nur selten in ihrer unerbittlichen Folgerichtigkeit etwas abgeschwächt, die Linie des Protektionismus. Die erste beachtliche, zollpolitische Maßnahme Amerikas reicht in die Jahre nach den napoleonischen Kriegen zurück. Diese hatten den europäischen Export unterbunden und in den Vereinigten Staaten eine Konjunktur-Industrie heraufgezogen, die nach Beendigung der napoleonischen Kriege mit der europäischen Industrie nicht ebenbürtig konkurrieren konnte. Man schützte sie daher durch den ausgesprochen schutzjüdischen Tarif von 1816, der nur kurzfristige Geltung haben sollte, bis die Industrie Amerikas zur Konkurrenzfähigkeit „erzogen“ sei. Aber diese „Erziehung“ währte länger als die eines normalen Kindes und scheint heute immer noch nicht zu dem erstrebten Resultate geführt zu haben. Der Protektionismus ist noch immer die maßgebende zollpolitische Haltung Amerikas, wenn man heute auch nicht mehr von „Erziehungsjüdischen“ redet, sondern auf andere Weise argumentiert.

Eines der interessantesten und zugkräftigsten Argumente besteht darin, daß man die Zollpolitik Amerikas als eine wirksame Sozialpolitik mündgerecht zu machen weiß. Nicht um der hohen und unangesehnen Profite der amerikanischen Industrie willen legt man dem armen exportbedürftigen Europa die Daumenschraube unerbittlicher Hölle an — o nein! — sondern zum Schutze des hohen Lohnstandes des amerikanischen Arbeiters! Das ist übrigens keineswegs bloßer heuchlerischer Puritanismus, sondern beleuchtet sehr treffend, daß für den Amerikaner soziale Probleme nichts mit dem Gedanken transzendenter Berechtigung zu tun haben, sondern ausschließlich „Magenfrage“ sind. Wenn das Volk nur „panem et circenses“, Brot und Vorkatzen, in genügender Menge hat, dann überläßt es das Regieren gern denen, die es als Beruf oder als Geschäft betreiben wie irgend ein anderes Geschäft auch.“ Das Volk ist eben jene „indifferente Masse, die im Grunde an nichts Interesse hat, außer an persönlichem Wohlleben, und die, wenn sie ihr Kino, ihren Sport hat, wenn sie nicht hungert, nicht friert, nicht so leicht aus der geistigen Gleichgewichtslage herauszubringen ist, zum mindesten nicht in den Dienst einer Idee oder eines Gedankens zu stellen ist, die die Preisgabe all dieser Bequemlichkeiten bedingt; das ist die politische Philosophie Amerikas! (Luis Collin-Roh, „Die Welt auf der Waage“, Verlag Brockhaus, Leipzig).

Diese sozialpolitische Motivierung der Zollpolitik Amerikas ist sehr bemerkenswert. Man verweist auf Seiten der Freunde hochschutzzüdischer Bestrebungen auf die Arbeitslöhne in Europa, die bedeutend geringer sind als die Löhne der amerikanischen Arbeiter. Diese geringen europäischen Arbeitslöhne, so argumentiert man, verfehlen die europäische Industrie in die Lage, ihre Waren billiger auf den Markt zu bringen als der amerikanische Fabrikant, der mit seinen hohen Arbeitslöhnen auch dem Arbeiter einen hohen „standard of life“, eine hohe Lebenshaltung ermöglicht. Man stehe nun vor der Alternative, entweder durch hohe Zölle die billige Konkurrenz Europas zu unterbinden oder aber durch Senkung der amerikanischen Arbeitslöhne die Herstellungskosten der Inlandprodukte auf die Höhe der europäischen herabzubringen. Das aber wollen weder die Arbeiter, noch auch die Industriellen selbst, da ihnen das „Subn im Topf“ des Arbeiters lieber ist als die Bedrohung durch das dollschweißliche Gespenst, das nach der oben dargelegten politischen „Philosophie“ nur durch „Magenpolitik“, also durch ausreichende Löhne zu bannen ist.

Verschärfung der Geschäftsordnung im Reichstag

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Reichstages stand als erster Punkt die vom Geschäftsausschuß vorgeschlagene Novelle zum Geschäftsordnungsgesetz, die dem Präsidenten härteres Machtmittel gegen Ordnungsgelörer geben will. Der Präsident kann danach ein Mitglied bis zu 30 Sitzungstagen und, falls

Verschärfung der Lage

Der Kampf um die Reichsfinanzreform

Kein Kenner des Reichstages und seiner Fraktionen konnte damit rechnen, daß das Finanz- und Steuerprogramm der Reichsregierung von den Koalitionsparteien innerhalb 24 Stunden angenommen ist. Die Schwierigkeiten, die sich jetzt aber herausgestellt haben, haben eine Verschärfung der Lage herbeigeführt, die sehr leicht in eine schwere innerpolitische Krise hineinführen kann. Man wird nicht sagen können, daß die Parteien ahnungslos in diese Krise hineinschlittern, denn nach Lage der Dinge kann es keinen Parteiführer geben, der nicht weiß, was auf dem Spiele steht.

Von sämtlichen Reichstagsfraktionen fand die Bayerische Volkspartei als erste den Mut, zu den Finanzvorschlügen der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Die Fraktion unterscheidet in ihren Beschlüssen scharf das Sofortprogramm des Kabinetts von dem Späterprogramm. Das Sofortprogramm der Regierung, das eine Erhöhung der Tabaksteuer und die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein halbes Prozent vorsieht, wird von der Bayerischen Volkspartei gutgeheißen und durch ein Vertrauensvotum sanktioniert. Das Späterprogramm, vornehmlich die Biersteuer, lehnt die Bayerische Volkspartei jedoch ab.

Auch das Zentrum kam zu einer vielstündigen Entscheidung. Die Fraktion billigte das Finanz- und Steuerprogramm des Kabinetts, verlangte jedoch, daß sämtliche Koalitionsparteien des Reiches die gleiche Haltung einnehmen. Nur hinsichtlich der Ausführungsgehalte äußerte das Zentrum einige Sonderwünsche. Die Deutsche Volkspartei konnte am Dienstagabend zu keiner Stellungnahme kommen. Nach ihrer Fraktionsitzung vom Mittwoch früh wurde ein Beschluß bekannt, nach dem die Fraktion keine Möglichkeit sehe, dem Finanzprogramm in seiner vorliegenden Form zuzustimmen. Diese angeblich parteiamtliche Mitteilung wurde aber schon sehr bald wieder parteiamtlich in Abrede gestellt. In Wirklichkeit ist die Deutsche Volkspartei dagegen, daß in dem Sofortprogramm auf ihre Kosten Vorleistungen geschaffen werden, wenn nicht das Späterprogramm mit dem Sofortprogramm verbunden wird. Die Deutsche Volkspartei vertritt also keine Luft, der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge beizupflichten, wenn sie nicht die Sicherheit dafür hat, daß auch die übrigen Teile des Finanzprogramms, vornehmlich die Senkung der Realsteuern, durchgeführt werden.

Die größten Schwierigkeiten machte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Obwohl Reichskanzler Müller und Reichsfinanzminister Dr. Hilferding der Fraktionsitzung am Dienstagabend beizuwohnten und sich sehr energisch für das Finanzprogramm einsetzten, konnten sie nicht durchbringen. Ohne Beschluß ging die Fraktion in später Abendstunden auseinander. Auch die Fraktionsitzung am Mittwoch früh verlief ergebnislos. Wenn somit auch keine Beschlüsse vorliegen, so wissen die sozialistischen Reichstagsminister, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Finanzprogramm ihres Kanzlers und ihres Reichsfinanzministers ablehnt. Lakonisch schreibt der „Vorwärts“ am Mittwochabend: „Der wahrscheinliche weitere Gang

der Dinge ist der, daß die Reichsregierung mit einem starken Vertrauensvotum aus den Verhandlungen hervorgehen und daß man sich über die Einzelheiten der Finanzreform erst nachher auseinandersetzen wird.“ Dieser Gang der Dinge scheint uns durchaus unwahrscheinlich.

Zur Vereinerung der Meinungsverschiedenheiten traten die Führer der Koalitionsparteien am Mittwoch um 11 Uhr zu einer Führerbesprechung zusammen. Dabei wurden auch die Folgen eines Scheiterns des Finanzprogramms eingehend erörtert. Um 12 Uhr fanden sich die Fraktionsführer beim Reichskanzler ein, um ihm die Auffassungen ihrer Fraktionen über das Finanzprogramm zu unterbreiten. Auch die Frage einer gemeinsamen Vertrauenserklärung der fünf Regierungsparteien für den Young-Plan, für die Haager Verhandlungen und gegen das Memorandum Dr. Schachts wurde erörtert. Die Besprechung beim Reichskanzler war gegen 2 Uhr zu Ende. Am Donnerstag besaßte sich eine Kabinettsitzung mit der kritischen Lage. Hierauf wurden die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern erneut ausgenommen.

Für die Verschärfung der politischen Lage ist charakteristisch, was die „Germania“ am Mittwoch-Abend schreibt: „Wenn die Parteien zu keiner geeigneten Lösung kommen — und die Voraussetzung ist natürlich die, daß die Lösung geeignet ist — so sieht wieder einmal in einem schwierigen Augenblick die Gefahr einer inneren ersten Verwirrung bevor. Können sich Regierung und Parteien nicht verständigen, so ist die Krise da. Was uns aber bei der Kassenlage des Reiches und was uns vor der zweiten Haager Konferenz droht, wenn wir zur Einigung nicht instande sind, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Finanzreform ist notwendig und jede Schwächung unserer außenpolitischen Position ist ein großes Unheil.“ Gang unsere Auffassung.

Der Reichswirtschaftsminister zur Reichsfinanzreform

In der öffentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, zu der mehr als 3000 Teilnehmer erschienen waren, hielt der Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Rosenberger eine Rede, in der er u. a. seine Überzeugung ausdrückte, daß die große und ungeheure Entwicklung der deutschen und europäischen Wirtschaft im vergangenen Jahrhundert der kapitalistischen Wirtschaft, der privaten Initiative und ihrem Gewinnstreben zu danken sei. Das kapitalistische Wirtschaftssystem meide sich nicht dem Untergang zu, um einem andern System Platz zu machen, sondern gerade dies kapitalistische System sei es, durch das man nicht nur die Schwierigkeiten Deutschlands, sondern auch der anderen Länder bekämpfen und beseitigen könne. Diesen Eindruck habe er besonders auch auf seiner Amerikareise gewonnen. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung könne sich freilich nur halten, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich die Hände reichen. Zur Finanz- und Steuerpolitik sagte der Minister, die Wirtschaft müsse die Schwierigkeiten der Durchführung der Reichsfinanzreform überdauern. Das Reformprogramm der Regierung ist auf beständigen Widerstand gestoßen, aber es dürfe nicht durch die Kritik gebrochen werden, sobald sie in ihm enthaltenen Bestrebungen ruheless erstickt. Es sei der erste Wille der Reichsregierung, die große Reform nicht durch ein Sofortprogramm, sondern gleich ganz und gar durchzuführen.

Hauptverein der Konservativen gegen die Austrittsbewegung

Am Dienstag fand im Landwehr Kasino in Berlin die diesjährige Mitgliederversammlung des Hauptvereins der Konservativen statt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde zur Frage der Austrittsbewegung von der D.N.V. folgende Entschließung angenommen: „Der Hauptverein der Konservativen verurteilt nachdrücklich den Austritt einer Anzahl deutschnationaler Abgeordneter aus der Fraktion als unkonstruktiv, weil sie dadurch eine verwerfliche Schenkelpolitik unterstützen und eine wichtige Reichspolition schwächen. Der Hauptverein vermahnt sich dagegen, daß diese Herren die Begehung „Konfession“ für sich in Anspruch nehmen.“

Eine Erklärung der Hamburger deutschnationalen Angestelltenchaft

Das Hamburger Fremdenblatt veröffentlicht eine Erklärung des Angestelltenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei, in der es u. a. heißt, die Angestelltenchaft im Landesverband Hamburg der deutschnationalen Volkspartei stehe einmütig und geschlossen hinter ihrem Führer, dem Reichstagsabgeordneten Komback. Sie fordere in dieser Schlüsselstunde mit allem Ernst den Rücktritt des Parteiführers Eugen Berg, da nur, so heißt es weiter, durch seine Einseitigkeit und sein Fortschrittsverstehen diese unheilvolle Krise entstehen konnte.“ Die Erklärung schließt: „Es

das Mitglied sich weigert, der Anordnung Folge zu leisten, bis zu 30 Sitzungstagen ausschließen. Für Zeit bis zum Ablauf der Ausschlussfrist ruht die Berechtigung zum Besuch der Diäten und zur Benutzung der Freifahrtkarte.

In namentlicher Abstimmung wurde die Bestimmung über verlängerte Entziehung der Diäten und der Freifahrtkarte mit 304 gegen 51 Stimmen bei 49 Enthaltungen angenommen. Die übrigen Bestimmungen wurden gleichfalls angenommen. Der dritten Beratung der Vorlage wurde von den Kommunisten widersprochen, so daß sie erst später stattfinden kann.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur Regelung älterer staatlicher Renten. Die Vorlage wurde in zweiter Beratung angenommen. Nach kurzer dritter Beratung folgte die namentliche Schlußabstimmung, in der die Vorlage mit 302 gegen 108 Stimmen bei neun Enthaltungen, also mit der für verfassungsändernde Gesetze erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen wurde.

Am 8 1/2 Uhr vertagte sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung“.